

Geteiltes Europa oder geteilte Welt?

Der Konflikt zwischen der westlichen Welt und Russland ist offenkundig. Neue Handelsbarrieren sind entstanden, Sanktionen prägen das Verhältnis zwischen den Staaten. Russland sucht nach neuen Verbündeten, während der Westen versucht, das Land politisch und wirtschaftlich zu isolieren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der Ukrainekrieg mit seinen politischen Zerwürfnissen die bestehende Weltordnung verändern wird. Sollte dies der Fall sein, wie könnte eine zukünftige Ordnung aussehen? Viel hängt dabei vom weiteren Vorgehen der westlichen Staaten ab. Auch innerhalb Europas stellt sich die Frage, ob sich die Arbeitsweise der Europäischen Union infolge des Konflikts verändern wird.

Neben der militärischen Auseinandersetzung um die Ukraine findet ein intensiver politischer Wettbewerb statt. Die westlichen Staaten reagieren mit Sanktionen gegen Russland, während Moskau seine Bedeutung als Rohstofflieferant demonstriert und zugleich nach neuen Partnern sucht. Aus westlicher Sicht erwies es sich als schwerer strategischer Fehler, das frühere Kräftegleichgewicht zwischen Russland und Europa aufzugeben und auf die sich abzeichnende Eskalation zu spät zu reagieren. Nach dem bekannten Muster „Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte“ profitieren Staaten wie Indien, China oder die Türkei von der Situation, da sie weiterhin wirtschaftliche Beziehungen zu Russland unterhalten. In dieser komplexen Lage ist eine Analyse der jeweiligen Interessen entscheidend für eine realistische Lagebeurteilung.

Die russische Strategie wird maßgeblich von Präsident Wladimir Putin bestimmt. Sein Ziel ist es, seine politische Macht zu sichern und sich einen festen Platz in den Geschichtsbüchern zu verschaffen. Russland setzt dabei auf Ausdauer und eine langfristige Perspektive – eine Strategie, die aus russischer Sicht bislang nicht als Fehler

erscheinen dürfte. Die langfristigen wirtschaftlichen Folgen spielen für Putin eine untergeordnete Rolle. Zudem kann er mit einer breiten Unterstützung innerhalb der Bevölkerung rechnen, da territoriale Machtdemonstrationen in Russland historisch häufig auf Zustimmung gestoßen sind. Solange Russland kontinuierlich zumindest kleine territoriale Gewinne erzielt, besteht für Putin kaum ein Anreiz, sich aus der Ukraine zurückzuziehen.

Auch in Teilen der politischen Eliten Russlands und der Bevölkerung wirkt noch das Denken der alten Ost-West-Konfrontation fort. Der russische Einmarsch in die Ukraine hat dieses Weltbild erneut gestärkt. Nach der stärker national orientierten Politik der Trump-Jahre stellt die Unterstützung der Ukraine zugleich einen Gegenentwurf der US-Regierung unter Präsident Biden dar. Anders als Putin steht Biden jedoch unter stärkerem politischem Druck, mittelfristig sichtbare Ergebnisse vorweisen zu können. Die Europäische Union wiederum fürchtet ein militärisch dominantes Russland an ihrer Ostgrenze. Der Einmarsch Russlands bot zugleich eine Gelegenheit, von den erheblichen internen Problemen der EU abzulenken. Unterschiedliche nationale Interessen der Mitgliedstaaten verhinderten jedoch ein frühzeitig geschlossenes und dominantes Auftreten Europas. Die tatsächliche politische Linie der EU bleibt daher stark von den innenpolitischen Stimmungen in den einzelnen Mitgliedsländern abhängig. Mit zunehmenden wirtschaftlichen Belastungen oder einer möglichen Rezession könnte sich diese Stimmung relativ schnell verändern.

China nutzt die Situation vor allem, um seinen Zugang zu strategischen Ressourcen zu sichern. Mehrere taktische Gründe sprechen dafür, dass sich die chinesische Führung politisch eher auf die Seite Russlands stellt. Die westlichen Staaten sind für den Rohstoffbedarf Chinas nur begrenzt relevant. Von ihnen benötigt China vor allem technologisches Know-how sowie den Zugang zu Absatzmärkten für seine Exporte. Beides bleibt jedoch auch im Interesse der westlichen Volkswirtschaften bestehen. Gleichzeitig verschiebt sich das globale Kräfteverhältnis zunehmend zugunsten Chinas. Wie stark dieser Prozess voranschreitet, hängt maßgeblich davon ab, ob und wann der Westen politisch und wirtschaftlich gegensteuert. Europa scheint die Dimension dieser

Entwicklung bislang noch nicht vollständig erfasst zu haben. Für China bedeutet die Unterstützung Russlands daher ein vergleichsweise risikoarmes strategisches Spiel – allerdings ohne sich selbst tiefer in den Konflikt hineinziehen zu lassen.

Viele afrikanische Staaten verfolgen vor allem das Ziel, ihre eigene Versorgungssicherheit zu gewährleisten und wirtschaftliche Unterstützung zu erhalten. Sie versuchen daher, ihre Beziehungen zu beiden Seiten aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig mahnen sie die westlichen Staaten zu stärkerer Unterstützung, um nicht von russischen Weizenlieferungen abgeschnitten zu werden und zusätzliche Hilfszahlungen zu erhalten. Solange sie nicht gezwungen werden, sich klar gegen Russland zu positionieren und russischer Weizen auf dem Weltmarkt schwer ersetzbar bleibt, werden viele dieser Staaten tendenziell eine russlandfreundliche Position einnehmen. Eine mögliche Alternative bestünde in einem erfolgreichen Export ukrainischen Weizens über europäische Transportwege. Doch diesen taktischen Vorteil hat die EU bislang durch Bürokratie und mangelnde strategische Weitsicht nur unzureichend genutzt.

Indien wiederum kann sich einen offenen Konflikt mit Russland kaum leisten. Das Land bemüht sich daher, eine möglichst neutrale Position einzunehmen und Beziehungen zu beiden Seiten aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig gehört Indien wirtschaftlich zu den Profiteuren des Konflikts, etwa durch günstige Energieimporte aus Russland.

Viele andere Staaten verfolgen eine opportunistische Politik. Sie orientieren sich an der Seite, die ihnen kurzfristig größere Vorteile bietet, oder versuchen, sich möglichst aus dem Konflikt herauszuhalten. Da die westlichen Industriestaaten es in den vergangenen Jahrzehnten versäumt haben, ihre wirtschaftliche und politische Bedeutung für viele Länder unverzichtbar zu machen, verfügen autoritär regierte Staaten wie Russland in manchen Regionen über durchaus attraktive Alternativen.

Eine Auflösung des Konflikts zugunsten der Ukraine erscheint grundsätzlich auf zwei Wegen möglich: entweder durch eine deutliche militärische Stärkung der Ukraine, sodass sich der Faktor Zeit gegen Russland wendet, oder durch das Auftreten einer politisch dominanten und strategisch besonders geschickten Führungspersönlichkeit

im Westen. Letzteres erscheint kurzfristig eher unwahrscheinlich und wäre realistischerweise nur mit entscheidender Unterstützung der Vereinigten Staaten denkbar. Innerhalb der Europäischen Union ist eine solche politische Figur derzeit nicht erkennbar. Der erste Weg hingegen hängt wesentlich von der militärischen Unterstützung der USA sowie von politischen Entscheidungen innerhalb Europas, insbesondere Deutschlands, ab.

Gleichzeitig gibt es auf westlicher Seite keinen hinreichend starken politischen Nutzen, der langfristig eine grundlegende Veränderung der europäischen oder amerikanischen Politik zugunsten der Ukraine erzwingen würde. Andererseits bestehen mittelfristig genügend politische und wirtschaftliche Gründe, um die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine weiterhin zu unterstützen. Aus heutiger Sicht spricht daher vieles für einen langandauernden Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Phasen erhöhter militärischer Eskalation dürften sich mit Perioden relativer Stabilität und zunehmender Gewöhnung abwechseln.

Ein Ende des Krieges in einigen Jahren wäre unter zwei Umständen denkbar: entweder durch eine amerikanische Regierung, die ihre strategischen Prioritäten verändert und die Ukraine weniger unterstützt, oder durch einen zunehmenden Gewöhnungseffekt im Westen, der die politische Bereitschaft zur Unterstützung allmählich erodieren lässt. Selbst in diesem Fall würden militärische Auseinandersetzungen vermutlich in anderer Form fortgesetzt. Ein vollständiger Rückzug russischer Truppen erscheint allein aus innenpolitischen Gründen des Machterhalts in Russland derzeit sehr unwahrscheinlich. Unabhängig vom konkreten Ausgang des Ukrainekrieges deutet vieles darauf hin, dass das Wiederaufleben des Ost-West-Konflikts von langfristiger Natur sein wird. Eine erneute umfassende Annäherung zwischen Russland und dem Westen wäre erst dann realistisch, wenn wirtschaftliche Interessen die politischen Gegensätze deutlich überwiegen. Bis dahin ist eher mit einer verdeckten und selektiven Zusammenarbeit einzelner Staaten zu rechnen.

Weiter Informationen unter:

wgzf

wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Zukunftsforschung

Postfach 71 01 21

81451 München

info@wgzf.de

Tel. +49-89-99 73 19 85

Fax +49-89-30 65 75 95